

Günter Feist, Eckhart Gillen, Beatrice Vierneisel (Hrsg.): Kunstdokumentation SBZ/DDR 1945-1990. Aufsätze, Berichte, Materialien, DuMont Buchverlag, Köln 1996, 916 Seiten, ca. 600 Abb., DM 78,-

Die SED als marxistisch-leninistische Partei hatte von Anfang an eine aktiv eingreifende ("operative") Kulturpolitik theoretisch und praktisch durchgesetzt. Ihre kunstpolitischen Vorstellungen orientierten sich dabei am sowjetischen Modell des "sozialistischen Realismus" mit seiner Ablehnung der Moderne und der Forderung nach einer massenwirksamen und verständlichen Kunst. Ziele und Themen wie auch die ästhetische Grundorientierung wurden den Künstlern vorgegeben. Seit Beginn der siebziger Jahre (Amtsantritt Honeckers) bemühten sich zahlreiche Künstler, in ihren Arbeiten das verordnete Realismuskonzept um "Weite und Vielfalt" (so das politische Schlagwort) zu ergänzen. Seit Anfang der achtziger Jahre wuchs der Anteil derer, die versuchten, sich von den staatsparteilichen Zwängen zu befreien und eine weniger angepaßte Kunst zu schaffen. Das Ende der DDR bedeutete jedoch auch das Ende dieser abgeschirmten DDR-Kunst, deren Vertreter nicht nur unter dem Signum "Staatskünstler" gesehen und bewertet werden wollen. Dieser Problematik ist die vorliegende Dokumentation zu Kunst und Kunstpolitik in der SBZ/DDR gewidmet.¹

Bereits 1988 hatten Günter Feist (Kunsthistoriker aus der DDR, 1987 nach West-Berlin ausgereist) und sein westdeutscher Kollege Eckhart Gillen eine Chronik zur Kunstentwicklung in der DDR vorgelegt, die als Ergänzung zu der West-Berliner Ausstellung "Zeitvergleich '88 - 13 Maler aus der DDR" gedacht war und - ebenso wie vorliegende Dokumentation - vom Museumspädagogischen Dienst Berlin heraus-

gegeben wurde.² Nach der Wende erschien rasch eine aktualisierte zweite Auflage unter dem programmatischen Titel "Kunstkombinat DDR", der auf das "Ideologie-Getriebe" in der DDR und die Abhängigkeit der Künstler von einer sie vereinnehmenden gesellschaftlichen Ordnung hinweisen sollte (so Feist im Vorwort) - eine Ordnung, die gleichwohl jedoch von den meisten bejaht worden war.³ Im April 1995 wurde der Öffentlichkeit ein weiteres Forschungsvorhaben zur Geschichte der Kunst in der DDR vorgestellt, das (1992 begonnen) erneut beim Museumspädagogischen Dienst Berlin angesiedelt war und zu dessen leitenden Mitarbeitern wieder Feist und Gillen gehörten - zusammen mit der westdeutschen Kunsthistorikerin Beatrice Vierneisel.⁴ Finanzielle Förderung erfuhren sie durch die Stiftung Kulturfonds (Berlin), das Bundesministerium des Innern, den Kunstfonds (Bonn) und die Stiftung Stadtmuseum Berlin. Im Vorfeld der Projektvorbereitung hat es offenbar heftige Konflikte wegen der inhaltlichen Konzeption unter den beteiligten Künstlern und Kunstwissenschaftlern gegeben. Zu diesen zählten u.a. Bärbel Bohley und insbesondere solche, die die DDR vor 1989 verlassen hatten. Sie wollten anhand der Materialien der Gauck-Behörde verstärkt den Schwerpunkt auf den Einfluß der Staatssicherheit im Bereich der Kunst legen und nicht - so ihr Vorwurf - an einem neuen "Kuhirt" (Verfasser der SED-offiziösen Kunstgeschichte der DDR)⁵ mitarbeiten. Da eine

¹ Zur sogenannten Staatskunst der DDR siehe u.a. die Arbeit von Damus, Martin (1965 aus der DDR in die Bundesrepublik übersiedelt): Malerei der DDR. Funktionen der bildenden Kunst im Realen Sozialismus, Reinbek 1991.

² Stationen eines Weges. Daten und Zitate zur Kunst und Kunstpolitik der DDR 1945-1988, zusammengestellt von Günter Feist unter Mitarbeit von Eckhart Gillen, hrsg. vom Museumspädagogischen Dienst Berlin, Berlin 1988.

³ Kunstkombinat DDR. Eine Dokumentation 1945-1990, zusammengestellt von Günter Feist unter Mitarbeit von Eckhart Gillen, hrsg. vom Museumspädagogischen Dienst Berlin, Berlin 1990.

⁴ Siehe dazu: Quappe, Andreas: Hohe Wogen. Forschungsprojekt zur DDR-Kunst vorgestellt, in: Der Tagesspiegel, 8.4.1995.

⁵ Kuhirt, Ullrich: Kunst der DDR 1945-1949, Leipzig 1982/ Kunst der DDR 1960-1980, Leipzig 1983.

Einigung nicht möglich war, verließen sie das Projekt. Bei der offiziellen Vorstellung der neuen Dokumentation im Berliner Ensemble (2.11.1996) kamen diese spannungsreichen Begleitumstände allerdings nicht zur Sprache. Einigkeit herrschte unter den Herausgebern und Förderern, daß die Kunst der DDR nicht nur als von der SED verordnete sogenannte Staatskunst gesehen werden dürfe. Die große Beteiligung von ostdeutschen Autoren¹ habe (so der Vertreter der Stiftung Kulturfonds) eine differenzierte Sichtweise auf diesen Bereich der DDR-Kultur ermöglicht - im Gegensatz zu der Untersuchung von Joachim Walther über den "Sicherungsbereich Literatur".² Weder zu diesem noch zu anderen Statements gab es kritische Nachfragen, und die wiederholt geäußerte Forderung nach der jetzt zu schreibenden Kunstgeschichte der (alten) Bundesrepublik erhielt viel Beifall - obwohl mit der 1995 erschienenen Studie von Martin Damus ein gelungenes Beispiel dafür vorliegt.³

Mit der "Kunstdokumentation SBZ/DDR 1945-1990" liegt das Ergebnis dieses anspruchsvollen Projektes nun vor. Waren zunächst sogar zwei Bände mit 139 Beiträgen (sic!) geplant, die jeweils die Entwicklung der Jahre 1945-1961 und 1961-1990 darstellen sollten, so faßt jetzt ein einziger voluminöser Sammelband (mit 44 Beiträgen von 39 Autoren) auf über 900 Seiten die gesamte Zeitspanne zusammen - ein

wahrer "*Steinbruch*" (angesichts des Gewichtes dieses "Siebenpfüunders" wie auch im übertragenen Sinn wohl eine angemessene Metapher) an Material zu Kunst und Kulturpolitik, Architektur und Stadtplanung der DDR. Diese riesige Textsammlung wird durch über 600 Abbildungen aufgelockert und durch einen Anhang von 28 Seiten ergänzt, der aus einer editorischen Notiz (mit Angaben über die von den Autoren benutzten Archive, die besser an den Anfang gehört hätten), einer Zeittabelle, einer Übersicht über die "Leitungsebenen Kultur" sowie der Bibliographie, den Autorenkurzbiographien, dem Abkürzungsverzeichnis und dem Personenregister besteht. Im Vorwort der Dokumentation charakterisieren die Herausgeber das Ergebnis ihrer Forschungen als "Werkstattbericht" und "freies Forum unterschiedlicher Sichtweisen". Als Zielvorstellung schwebte ihnen offensichtlich vor, nach dem Ende der DDR wenigstens die "Kunst in der DDR" zu bewahren, sie vor "Abwertung" zu schützen, und zwar durch Abbau "festgefahrener Klischees von einer sogenannten Staatskunst" und durch "Sichtbarmachung" der "komplizierten Kunstprozesse" in der "Gemengelage" zwischen den kunstpolitischen Direktiven der Partei, deren Umsetzung durch die staatlichen Institutionen und dem "Eigensinn" der Künstler, "die trotz aller Einreden ihrem inneren Auftrag folgten". Damit sei zugleich die Absicht verbunden, zu einer "Selbstverständigung" der ehemaligen DDR-Bürger über Leistungen wie "Fehlentwicklungen" der Kunst in der DDR beizutragen sowie die Bürger der alten Bundesländer umfassender über die DDR-Kunst zu informieren, als es vor der Wende möglich gewesen war. Eine Bewertung und Einordnung der künstlerischen Einzelleistungen werde nicht vorgenommen - dies müsse einer künftigen "Geschichte der Kunst in Deutschland im 20. Jahrhundert" vorbehalten bleiben. Vor "kurzschlüssigen neuen Ausgrenzungen" wird gewarnt, auch wenn man "Beschädigungen und Zerstörungen individueller Lebensentwürfe" (durch wen, wird nicht gesagt) nicht verschweigen dürfe. Hier wie in der gesamten Publikation ist die Feder-

¹ Von den 39 Autoren und Autorinnen stammen 29 aus der ehemaligen DDR. Fünf von ihnen sind vor 1989 in den Westen ausgewandert. Der überwiegende Teil der DDR-Autoren hat nach einem Studium der Kunstgeschichte in Berlin, Halle und Leipzig über einen längeren Zeitraum wichtige Funktionen in diversen (Kunst) Institutionen der DDR innegehabt (Akademie der Künste, Bauakademie, Staatliche Museen und Galerien, DEFA, Staatliches Rundfunkkomitee u.a.): siehe dazu die Autorenbiographien, S. 903-906.

² Walther, Joachim: *Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin 1996.

³ Damus, Martin: *Kunst in der BRD 1945-1990. Funktionen der Kunst in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft*, Reinbek 1995.

führung von Günter Feist unübersehbar. Als Experte für den "Grenzbereich von Kunst und Kunstpolitik" in der DDR hatte Feist - zeitweilig Aspirant am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und bis 1981 Mitherausgeber des DDR-"Lexikons der Kunst" - ähnliche Thesen bereits in seiner Chronik von 1988 vertreten.

Aus dem "*Steinbruch*" dieses Sammelwerkes, das nicht mehr (wie die früheren Dokumentationen) chronologisch, sondern "assoziativ" (so Feist bei der Pressevorstellung) in sieben Kapiteln ausgewählte beispielhafte Themen behandelt (deren 'roter Faden' natürlich doch der Verlauf der DDR-Historie bildet), muß sich der Leser das für ihn nutzbare und interessante 'Gestein', gelegentlich mit Mühe, herausholen. Im folgenden werden diese zum Teil recht ungleichgewichtigen Abschnitte vorgestellt, wobei nicht auf alle Beiträge im einzelnen eingegangen werden kann. Vorab ist festzustellen, daß die ostdeutschen Autoren über die frühe und mittlere Zeit der DDR eher bereit waren zu schreiben als über die "Spätzeit" der achtziger Jahre, die von den meisten "als historisch noch gar nicht zu fassende Gegenwart" (Vorwort) empfunden werde; sie gerät daher bei der Darstellung zu kurz.

Während das erste Kapitel ("*Utopie und Realität*") eher grundsätzliche Überlegungen zum Typus des "entmündigten Künstlers" im SED-Staat (Eckhart Gillen), zur Entwicklung einer "sozialistischen deutschen Nationalkultur" (Rüdiger Thomas), zu "Allmacht und Ohnmacht" der SED (Günter Feist) sowie der "Kunstrezeption in der DDR" (Bernd Lindner) enthält, beleuchten die beiden folgenden ("*Neubeginn im Schatten des Stalinismus*" und "*Inszenierungen im öffentlichen Raum*") ganz unterschiedliche Aspekte der Entwicklung vom Ende der vierziger bis zu den sechziger Jahren. Die Themen der insgesamt 21 Beiträge von überwiegend ostdeutschen Autoren reichen von der Remigration bildender Künstler in die SBZ/DDR (Andreas Schätzke) über Aktivitäten der Deutschen Akademie der Künste (Ilona Schulz zur

Barlach-Ausstellung 1951/52 und Petra Uhlmann/Sabine Wolf zur Nachwuchsförderung) bis zum Blick auf einzelne Künstler (Jens Semrau über Fritz Duda, Beatrice Vierneisel über Fritz Koelle) und Galerien sowie die Entwicklung der Kunsthochschule Berlin-Weißensee 1947-1957 (Hildtrud Ebert). Außerdem werden DDR-typische Projekte des Städtebaus und der Architektur in Verbindung mit der "Wandbildkunst" und Denkmalplastik behandelt (darunter die beiden vorzüglichen Arbeiten von Bruno Flierl zur Umgestaltung des Zentrums von Ost-Berlin bzw. zu Architekturverständnis und Selbstbild des "Staatsarchitekten" Hermann Henselmann). Als Beispiel für die regionale Kunstentwicklung in der DDR wird im vierten Abschnitt stellvertretend das "*Leitbild Leipzig*" vorgestellt, und zwar in dem ungewöhnlich umfangreichen (77 Seiten), von großer Sachkenntnis geprägten Beitrag des ostdeutschen Kunsthistorikers Henry Schumann. In diesem Abriss der Geschichte der Malerei in Leipzig von 1945 bis Ende der achtziger Jahre, der Beschreibung mit Analyse verbindet, werden sehr genau die restriktive Kulturdoktrin der SED und das konservative Kunstklima dieser Stadt nachgezeichnet, die zeitweilig als ausgesprochen "linientreu" galt und von der SED bereits ab 1946/47 zum Zentrum des "sozialistischen Realismus" ausersehen worden war. Der einzige Fall von künstlerischem Widerstand im Leipzig der sechziger und siebziger Jahre (der Maler Sieghard Pohl) erfährt in einem längeren Abschnitt seine Würdigung. Bei aller Wertschätzung von "Dürers roten Erben" (Bernhard Heisig, Werner Tübke u.a.) verhehlt Schumann nicht, daß künstlerische Opposition oder politische Dissidenz bei der Leipziger Künstlerschaft keine Rolle gespielt hatten. Ähnlich heterogen wie das zweite und dritte fallen auch das fünfte und sechste Kapitel aus, in denen die Entwicklung seit den sechziger bis zu den achtziger Jahren thematisiert wird. Die Akzente der zunächst unter der Überschrift "*Weg nach Bitterfeld und andere Wege*" versammelten neun Aufsätze (einziger Westautor: Hubertus Gaßner mit seiner gelungenen Porträtskizze des Kulturfunkti-

onärs Alfred Kurella als "Wandervogel auf bitterem Feldweg") liegen abwechselnd auf einzelnen Künstlern (Andreas Hüneke über Willi Sitte, Burghard Duhm über Walter Dötsch), dann wieder auf Ereignissen im lokalen Bereich (Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern) oder der "Kulturarbeit" in den wissenschaftlichen Instituten und künstlerischen "Zirkeln" der DDR, der eine unverhältnismäßig große Bedeutung zugemessen wird. Die achtziger Jahre bleiben - aus den bereits im Vorwort angeführten Gründen - erheblich unterbelichtet. Von den fünf Arbeiten (zusammengefaßt mit einem Zitat von Günter Kunert: "*Auf keine Art irgendwelche Hoffnung*") sind die "Erinnerungen" des Galeristen Jürgen Schweinebraden (der selbst vom MfS bespitzelt wurde und Anfang der achtziger Jahre nach West-Berlin übersiedelte) und vor allem der behutsame "Versuch eines Porträts" hervorzuheben, den die westdeutsche Autorin Mirjam Schaub mit ihrer Darstellung des "Falles Gerhard Kettner" unternommen hat, der nicht nur ein berühmter Zeichner der DDR und Rektor der Hochschule für bildende Kunst in Dresden, sondern auch von 1979 bis 1989 Mitarbeiter der dortigen Staatssicherheit gewesen ist.

Das siebte und letzte Kapitel ist den von der historischen Forschung noch viel zu wenig behandelten "*Strukturen der Kunstlenkung*" in der DDR gewidmet. In drei Aufsätzen mit recht unterschiedlichem Niveau werden die ZK-Kulturabteilung (Beatrice Vierneisel), die staatlichen "Organe der Macht 1945-1954" und ihre Lenkungsinstrumente (Angelika Reimer) sowie Entstehungsgeschichte und Organisationsaufbau des Verbandes bildender Künstler behandelt (Michael Krejsa/Ursel Wolff). Im Gegensatz zu Vierneisels und Reimers Studien basiert die letztgenannte Arbeit nur auf seit Jahren zugänglichem Material und bietet daher keine neuen Erkenntnisse. Auch wäre hier ein Hinweis angebracht gewesen, daß die Unterlagen des VBKD dafür noch nicht eingesehen werden konnten (dieser findet sich ziemlich versteckt in der "editorischen Notiz" im Anhang). Ein vierter Beitrag thematisiert die Problematik

von (veröffentlichten wie im Parteiarchiv unter Verschuß gehaltenen) "sozialistischen Lebensberichten" zahlreicher Parteiveteranen (Vierneisel) und schließt mit den "Kurzbiographien" von über 150 Personen, die in der SBZ/ DDR wichtige kunstpolitische Funktionen innehatten (Vierneisel/Hauke Reich). Am informativsten ist zweifellos der Beitrag über die Kulturabteilung der SED, die als entscheidende "Schaltstelle" für die Umsetzung der kulturpolitischen Direktiven der Parteiführung anzusehen ist und für "Anleitung und Kontrolle" aller mit Kultur befaßten staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen zuständig war. Erstmals wird hier aufgrund einer kritischen Sichtung der Bestände des ehemaligen zentralen Parteiarchivs der SED die Entwicklung dieser Abteilung von 1946 bis 1964 mit ihren Sektoren und Instruktoren sowie den wichtigsten Funktionären ausführlich dargestellt. Sie sollte möglichst bald um eine ebenso systematische Übersicht für die Zeit bis 1989 ergänzt werden. Ob die Daten der von Vierneisel und Reich am Schluß des Bandes vorgestellten "Kurzbiographien" in jedem Fall, wie behauptet, dem "Stand der Forschung" entsprechen, darf indes bezweifelt werden. So war z.B. der einflußreiche Kulturfunktionär Wilhelm Girnus zwar Mitglied des gleichnamigen "Beratungsgremiums" der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten (1951 bis 1953), aber keineswegs Leiter der in dieser Form gar nicht existierenden "Hauptabteilung Literatur". Als Leiter ihrer "Hauptabteilung Künstlerischer Nachwuchs und Lehranstalten" war Rudolf Böhm tätig - ein Funktionär gleichen Namens wird hier als Instrukteur der SED-Kulturabteilung aufgeführt (ob die beiden identisch sind, müßte nachgeprüft werden).

Die Ausführungen von Angelika Reimer über die "Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten" sind erheblich zu korrigieren und zu ergänzen. Die Autorin konzentriert sich auf die "Hauptabteilung Bildende Kunst", von der sie einige wenige Bestände hat benutzen können, und extrapoliert daraus die Informationen für die Beschreibung der gesamten Institution.

Entsprechend fragmentarisch fällt die Darstellung dieser entscheidenden Lenkungs- und Kontrollbehörde und ihres gleichnamigen "Beratungsgremiums" dann auch aus. Bei der Beschreibung des Verwaltungsapparates werden die Hauptabteilungen bzw. Abteilungen für Musik und künstlerische Fachliteratur ebensowenig genannt wie die Querschnittsabteilungen Sekretariat, Haushalt, Planung und Verwaltung. Da nur Teile der Verwaltungsakten eingesehen wurden, ist die Zuordnung der MitarbeiterInnen zu den jeweiligen Abteilungen nicht immer gelungen.¹ Außerdem befand sich der Hauptsitz der Kunstkommission nur anfangs in der "Wilhelmstraße 63", im Laufe des Jahres 1952 erhielt sie eine prominentere Adresse: das ehemalige Schwerinische Palais "Am Molkenmarkt 1-3", das dann auch Sitz des Kulturministeriums werden sollte.

Die vorliegende Publikation ergibt mit ihren Dokumenten und Erinnerungen, einigen kritischen Analysen und überwiegend referierenden Beiträgen durchaus ein fesselndes Lese- und Arbeitsbuch. Sie läßt jedoch den aufmerksamen und mit der Materie vertrauten Leser mit gemischten Gefühlen zurück. Nicht umsonst hatten sich die Herausgeber "auch ein wenig nachsichtige Leser" gewünscht und bereits im Vorwort darauf hingewiesen, daß es nicht ihr Bestreben gewesen sei, "allen Kriterien einer strengen Geschichtswissenschaft genügen zu wollen". Leider haben sie auch

darauf verzichtet, bei der Endredaktion, aus vermeintlichem "Respekt" gegenüber den Autoren, "vereinheitlichend einzugreifen", so daß störende Wiederholungen entstehen. Der Mangel an einer umfassenden Konzeption führt außerdem dazu, daß wichtige Themen (z.B. die Kooperation einzelner Künstler und Kunstfunktionäre mit der Staatssicherheit) zu knapp behandelt werden. Die zahlreichen Beiträge, die sich auf die jetzt einsehbaren Akten des SED-Parteiarchivs, des zentralen Archivs der Akademie der Künste der DDR (u.a. Archive) sowie auf Bestände der "Gauck"-Behörde stützen, haben erfreulicherweise verhindert, daß ein neuer "Kuhirt" entstanden ist. Das Archiv des Verbandes bildender Künstler der DDR, das für ein derartiges Unterfangen eigentlich unverzichtbar und seit September 1996 (in der Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Berlin) zugänglich ist, konnte leider noch nicht benutzt werden. Die dominierende Beteiligung ostdeutscher Autoren als "Stimme der DDR" - als ob nur die eigenen Erfahrungen "historische Gerechtigkeit" verbürgten - erscheint jedoch nicht ganz unproblematisch. Wahrscheinlich hätte eine stärkere Einbeziehung westdeutscher Wissenschaftler den Schritt von der bloßen Beschreibung zur bewertenden Analyse wagen und mehr als diese erste und vorläufige Annäherung an die Kunstentwicklung in der DDR hervorbringen können. Es darf bezweifelt werden, daß die Behauptung von Günter Feist im Vorwort, es sei "wegen der fehlenden Distanz zum Gegenstand [...] heute noch unmöglich - und selbst als Versuch kaum wünschenswert -, mit archäologischer Akribie ein 'Damals' historisch objektiv zu rekonstruieren", weiterhin aufrechtzuerhalten ist.

Dagmar Buchbinder

¹ Die Referentin Jäsch gehörte (nach ihrer Beschäftigung in der Hauptabteilung Bildende Kunst) zwar der Personalabteilung an, nicht jedoch "Frau Uszkoreit" und "die Mitarbeiter(innen?) Seidel und Lewin" (S. 824). Hans-Georg Uszkoreit war in der Abteilung Musik, Siegfried Seidel zunächst im Sekretariat als persönlicher Referent des Vorsitzenden Helmut Holtzhauer und danach in der Abteilung Künstlerischer Nachwuchs/Lehranstalten und Willi Lewin in der Theaterabteilung tätig. Der Hinweis in Fußnote 29 bzw. 28 (S. 833) auf den Arbeitsplan der Kunstkommission für 1952 vom 9.11.1951 (Bundesarchiv, DR 1/5801), den die Rezensentin für ihre geplante Untersuchung der Staatlichen Kunstkommission ebenfalls eingesehen hat, bleibt in diesem Zusammenhang unverständlich.

Spiridon Paraskewopoulos (Hrsg.): Das Beschäftigungsproblem im vereinten Deutschland. Eine Zwischenbilanz, Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Band 49, Duncker & Humblot, Berlin 1996, 199 Seiten, DM 98,-

Der vorliegende Sammelband dokumentiert die Beiträge des achten Symposiums der Fachgruppe Wirtschaftswissenschaft der Gesellschaft für Deutschlandforschung, das in Kooperation mit dem Institut für Volkswirtschaftslehre der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Leipzig am 6. und 7. April 1995 in Leipzig veranstaltet wurde; damit fand erstmals eine Tagung dieser Fachgruppe in den neuen Bundesländern statt.

Im einleitenden Überblicksaufsatz („Das Beschäftigungsproblem - seine allgemeinen Ursachen und die Besonderheiten des Arbeitsmarktes in Deutschland“, S. 9-36) skizzieren der Herausgeber Spiridon Paraskewopoulos und Sylvia Weltring empirische Befunde zu Stand, Strukturen und Entwicklungen der Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland und diskutieren deren potentielle Ursachen. Ökonomisch verursacht unterscheiden sie zwischen konjunktureller und struktureller Arbeitslosigkeit. Ausgehend von Schumpeters Idee der „schöpferischen Zerstörung“ und der sog. Hysteresis-Hypothese kommen sie zu dem Ergebnis, daß das derzeitige Beschäftigungsproblem in Deutschland vorwiegend strukturell bedingt sei; darüber hinaus werde es entscheidend durch demographische Faktoren von der Angebotsseite her verschärft. Insbesondere der zweite Aspekt wird häufig übersehen. Auf modelltheoretischer Ebene diskutiert Uwe Vollmer in seinem Beitrag („Die Auswirkungen der Erweiterung und Vollendung der europäischen Integration sowie der Liberalisierung des Welthandels auf den Arbeitsmarkt“, S.37-56) die Effekte zunehmender Globalisierung von Güter- und Arbeitsmärkten auf den heimischen Arbeitsmarkt; erstere wirkt auf die Nachfrage nach, letztere vornehmlich auf das Angebot an Arbeitskräften. Unter den realistischen Prämissen, daß die

Exporte entwickelter Industrieländer kapitalintensiver produziert werden als ihre Importe und vor allem niedrig qualifizierte Arbeitskräfte zuwandern, geht die heimische Arbeitsnachfrage zurück und müßten die relativen Löhne ungelernter Arbeitskräfte sinken. Damit verbunden sei ein erhöhtes Beschäftigungsrisiko für den inländischen Arbeitsmarkt, das indes beschäftigungsneutral bewältigt werden könne, sofern die Nominallöhne im Inland nach unten hinreichend flexibel sind. Die analytischen Ergebnisse werden durch US-amerikanische Erfahrungen bestätigt. Hans-Heribert Derix geht in seiner Analyse („Tarifautonomie - ein Hemmnis für die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“, S. 57-83) von der Prämisse aus, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland überwiegend ordnungspolitische Ursachen habe, die mikroökonomische Entscheidungsträger zu allokativen Fehlentscheidungen auf Kosten des gesamtwirtschaftlichen Ziels „hoher Beschäftigungsstand“ veranlaßten. Am Rechtsinstitut der Tarifautonomie als „magna charta“ der Arbeitsverfassung thematisiert er exemplarisch die institutionellen Rahmenbedingungen der Arbeitsmarktprozesse. Seine These lautet, daß die Verrechtlichung des Arbeitsverhältnisses zu einem umfassenden Kontrollsystem gegenüber der Vertragsfreiheit und damit gegenüber der Privatautonomie, zu Korporatismus und „Refeudalisierung der Gesellschaft“ geführt habe. Infolge dadurch induzierten Fehlverhaltens der Akteure sei die bestehende Arbeitslosigkeit zunehmend als institutionell bedingt einzuordnen. Der intendierte Konzeptionsfehler der deutschen Arbeitsmarktverfassung bestehe darin, einen „Bestandsschutz des Status Quo“ bereitstellen zu wollen; das führe faktisch zum Schutz der „Insider“ des Beschäftigungssystems gegenüber „Outsidern“. Die Handlungsrechte der Tarifparteien korrespondierten nicht mit entsprechenden Haftungsverpflichtungen, was Trittbrettfahrerverhalten provoziere. Derix sieht derzeit bei den Verantwortlichen wenig Bereitschaft zu grundlegenden Korrekturen; diese erwachse nur aus Krisensituationen, in denen das jeweilige Klientel verloren zu

gehen drohe. Entwicklungen in den neuen Bundesländern könnten dafür einen Anstoß liefern. Thomas Lenk („Der Beitrag staatlicher Wirtschaftspolitik zur Lösung des Beschäftigungsproblems unter besonderer Berücksichtigung transferpolitischer Instrumente“, S. 85-121) setzt an Erfahrungen der letzten Jahre an, die zeigten, daß klassische Arbeitsmarktpolitik allein Arbeitslosigkeit nicht wirksam bekämpfen könne. Auch Konjunktur- und Wachstumspolitik seien dazu nicht in der Lage; ihre Aufgabe sei es vielmehr, geeignete Rahmenbedingungen für genuin beschäftigungspolitische Maßnahmen zu gewährleisten. Ein Blick auf die Beschäftigungsentwicklung in EU, USA und Japan seit Mitte der achtziger Jahre zeigt, daß zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten ganz überwiegend im Dienstleistungssektor, hauptsächlich in arbeitsintensiven und produktivitätsschwachen Bereichen (Bildung; Freizeit; Kunst; Kultur; Hotel- und Gaststättengewerbe) zu verzeichnen sind. Mit vielen anderen Beobachtern führt Lenk das hier bestehende Defizit der Bundesrepublik Deutschland auf eine nivellierende Lohnpolitik zurück, die - unterstützt durch soziale Sicherungssysteme - eine relative Verteuerung unqualifizierter Arbeitsleistung bewirkt habe; dadurch seien entsprechende Arbeitsplätze weggefallen, neue entstünden gar nicht erst. Als zentrale Aufgabe einer Beschäftigungspolitik formuliert der Autor, dieses Beschäftigungspotential zu (re-)aktivieren und gleichzeitig das vielbeklagte angelsächsische Phänomen der „working poor“ zu vermeiden. Lenk skizziert zwei Varianten des in diesem Kontext diskutierten Konzeptes der „Negativsteuer“ (häufig als „Bürgergeld“ bezeichnet) und untersucht deren mutmaßlichen Effekte auf das individuelle Arbeitsangebotsverhalten; seine Ergebnisse werfen erste Zweifel an ihrer Effizienz auf. Nach Ansicht des Rezensenten unterlaufen dem Autor hier allerdings analytische Fehler; insbesondere scheinen die relevanten Referenzsituationen unangemessen spezifiziert und die Konzeptualisierung der Negativsteuer im Rahmen mikroökonomischer Haushaltsmodelle defektiv zu sein. Je nach Variante der Negativsteuer

bzw. des „Bürgergeldes“ würde der Kreis der Transferberechtigten gegenüber der bestehenden Sozialhilferegelung mehr oder minder erweitert; gestützt auf einschlägige Simulationsrechnungen versucht Lenk in einem weiteren Schritt die daraus resultierenden fiskalischen Mehrbelastungen zu quantifizieren; danach würden sich diese derzeit auf jährlich 65 bis 173 Mrd. DM belaufen. Darüber hinaus bestünden in der Umsetzung praktische Schwierigkeiten, die dem Konzept viel von seiner Einfachheit und Eleganz nähmen; auch dem bestehenden Sozialhilfesystem inhärente Moral-Hazard-Probleme ließen sich damit nicht völlig vermeiden. Als Alternative zur intendierten „Großlösung“ der Negativsteuer schwebt Lenk eine gezielte Mischung vieler „kleiner“ Lösungen vor; in diesem Sinne erscheint ihm ein Lohnsubventionsvorschlag von Fritz Scharpf - bei allen verbleibenden Problemen - für den angesprochenen Zweck wirkungsadäquater und billiger. Auch wenn man seinen Überlegungen nicht in allen Punkten folgen mag, so stellt Lenks Aufsatz doch einen wichtigen Beitrag zu dem gegenwärtig intensiv diskutierten Thema dar. Gleich zu Beginn ihres Beitrages („Konzepte gegen die Arbeitslosigkeit - Stand der wissenschaftlichen Diskussion“, S. 123-149) formulieren Axel Fischer und Berhard Scheffler ihr ordnungspolitisches Credo; sie plädieren für Arbeitsmarktderegulierung, Verringerung der Arbeitsabgabenbelastung, Verbesserung der Arbeitsangebotsbedingungen sowie ein wachsendes Verantwortungsbewußtsein der Tarifparteien zur Lösung des Beschäftigungsproblems. Gleichwohl sehen sie die aktuelle Arbeitsmarktsituation als Folge eines komplexen Geflechtes aus konjunkturellen, strukturellen, institutionellen und demographischen Faktoren sowie zu hohen Lohnkosten bei unzureichender Lohndifferenzierung. Vor diesem Hintergrund erscheinen einfache Patentrezepte ebenso untauglich wie ein Vertrauen auf „natürliche“ Langfristlösungen. Nach einer Systematisierung der unterschiedlichen Ansatzpunkte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wenden sich die Autoren einer eingehenderen Betrachtung zweier Inter-

ventionsfelder zu. Als erstes wird die aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ins Visier genommen, ihre quantitative Bedeutung dokumentiert und die wichtigsten Argumente pro und contra ABM und ABS-Gesellschaften (als wesentliche Instrumente dieser Politik) zusammengestellt, diskutiert und bewertet. Als zweites Politikfeld werden Beschäftigungspotentiale der Arbeitszeitpolitik untersucht; das Für und Wider spezieller Arbeitsumverteilungsmaßnahmen wie Wochenarbeitszeitverkürzung, Einschränkung von Überstunden, Flexibilisierung der Arbeitszeit und Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung stehen dabei im Vordergrund. Der Aufsatz kann insbesondere Einsteigern in die Thematik sowie Praktikern eine wertvolle Orientierung im Dickicht der einschlägigen Argumentationszusammenhänge bieten. Heidrun Kletzin („Das Beschäftigungsproblem aus gewerkschaftlicher Sicht“, S. 151-158) faßt die Position der IG-Metall des Bezirkes Sachsen zusammen; sie betont, daß Gewerkschaften kein monolithischer Block sind und sich die konkrete Politik der Einzelgewerkschaften nach Region und Branche sehr differenziert darstelle. Die Autorin hebt ebenfalls die Multikausalität des gegenwärtigen Beschäftigungsproblems hervor, die eindimensionalen und einfachen Lösungen entgegenstünde; einen Ausweg sieht sie nur in einer gezielten und verzahnten Intervention auf verschiedenen Politikfeldern, die sie insbesondere in der Tarifpolitik, Betriebspolitik, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie Struktur- und Regionalpolitik verortet. Kletzin reklamiert dabei gewiß zu Recht die Berücksichtigung ostdeutscher Erfahrungen, die während der letzten Jahre gemacht wurden, läßt aber leider nicht erkennen, worin der Nutzen dieser Erfahrungen liegen könnte; der kurze Beitrag enthält nichts Neues und wenig Konkretes.

Alexander Barthel („Das Problem der Arbeitslosigkeit aus Sicht der Arbeitgeber“, S. 159-181) weist zunächst mit Recht darauf hin, daß in Westdeutschland seit 1983 rd. 2 Mio. zusätzlicher Arbeitsplätze entstanden sind; daß gleichwohl die Arbeitslosigkeit

gravierend weiter angestiegen ist, sei durch demographische und soziokulturelle Faktoren (massive Zuwanderungen; steigende Erwerbsneigung der Bevölkerung; geburtenstarke Jahrgänge) bedingt. Obwohl das Beschäftigungssystem einen Großteil dieser Angebotsausweitung am Arbeitsmarkt erfolgreich bewältigen konnte, stoße es inzwischen offenbar an Grenzen. Für den Autor ist wirtschaftliches Wachstum nach wie vor eine notwendige, nicht aber hinreichende Bedingung zunehmender Beschäftigung. Erfahrungen der letzten Jahrzehnte legen es nahe, von einer „Beschäftigungsschwelle“ bei etwa 1,7% jährlichem realen Wachstum auszugehen; erst jenseits dieser Marke ergäbe sich ein Nettozuwachs an Beschäftigungsmöglichkeiten. Für diese Schwelle seien viele Einzel-faktoren verantwortlich, die nicht zuletzt Gegenstand der aktuellen Standortdebatte seien und bei denen es je spezifischen Korrekturbedarf gebe: Hohe und steigende Staatstätigkeit mit entsprechend hoher Abgabenlast und Staatsverschuldung; administrative Hemmnisse, die insbesondere im internationalen Innovationswettbewerb negativ zu Buche schlagen; Defizite in Forschungsinfrastruktur und -organisation; ein überbordender Sozialstaat; Unbeweglichkeiten in der Tarifpolitik; in Prosperitäts-jahrzehnten aufgebaute „Anspruchskultur“, die im Zuge sich beschleunigender Globalisierung mit ausgesprochenen „Bescheidenheitskulturen“ zu konkurrieren habe. Anpassungsbedarf bestünde vor allem in Niveau und Struktur der Arbeitskosten, die maßgeblich durch Tarif- und Sozialpolitik bestimmt würden. Obschon positive Tendenzen in jüngster Zeit nicht zu übersehen seien, gebe es für beide Bereiche lange Sündenregister, die Barthel im einzelnen durchgeht. Außerordentlich konzise werden hier Grundpositionen und Argumente der Arbeitgeberseite dargelegt. Eine recht originelle und höchst aufschlußreiche Interpretation gegenwärtiger Arbeitsmarktprobleme legt Meinhard Miegel vor („Die Zukunft des Standortes Deutschland und die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Deutschland“, S. 183-198). Er beginnt mit der scheinbaren Binsenweisheit, nicht Ar-

beit, sondern „Arbeitsplätze“ seien knapp und definiert letztere als Verbindung von Ideen, Organisation, Kapital, sächliche Ausstattung u.a.. Knapp sind Arbeitsplätze, weil ihre Bereitstellung eine kreative Leistung sei, die mit der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft immer komplexer und durch administrative bzw. rechtliche Hürden zunehmend behindert werde. Zudem wüchsen die Ansprüche der Arbeitsplatzsucher an die Qualität der Arbeitsplätze, so daß immer mehr Kapital und Ideen kombiniert werden müßten, um den Arbeitsplatzinhabern ein soziokulturell bestimmtes Subsistenzniveau zu garantieren. Diese Kreativität könne nur eine Minderheit der Bevölkerung aufbringen, die insofern tendenziell überfordert sei. Auf den Arbeitsmärkten hochindustrialisierter Länder zeigten sich die Konsequenzen allerdings nur sehr allmählich; internationale und historische Vergleiche belegten, daß der moderne Kapitalismus die Bedürfnisse der Menschen nach Optimierung ihrer Lebenslage bislang in beispiellosem Maße erfüllt habe. Sie belegten aber ebenfalls, daß die Gesellschaft offenbar nur ausnahmsweise in der Lage wäre, alle Erwerbssuchenden im Produktionsprozeß zu integrieren. Ursachen dafür sieht Miegel zum einen in der generellen Tendenz der Menschen, ihren Ideenhaushalt als entscheidende Quelle steigenden Lebensstandards zu überschätzen; dadurch entstehe eine permanente Mangelsituation, die freilich ihrerseits einen wesentlichen Antrieb der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung bilde. Darüber hinaus werde die Situation auf den Arbeitsmärkten durch je spezifische Faktoren beeinflusst, in den industrialisierten Ländern durch demographische Entwicklungen und steigende Erwerbsneigung. Entscheidender sei indes, daß der innovative Vorsprung dieser Länder zu schwinden drohe; sie verlören zusehends ihr Monopol an Wissen und Kapital, das ihren Wohlstand bisher auf Kosten unterentwickelterer Länder sichern konnte. Inzwischen seien die zweite und dritte Welt dabei, den Rückstand in rasantem Tempo aufzuholen; die traditionelle Bescheidenheit dieser Völker sei dabei ein wichtiger

Erfolgsfaktor: Zukünftig werde die Frage nicht mehr sein, wer ist der Tüchtigste, sondern, wer ist tüchtig und zugleich bescheiden; dorthin würden Wissen und Kapital strömen. Auf diese fundamentale Veränderung müßten sich die Bevölkerungen entwickelter Industrieländer einstellen, wollten sie im weltweiten Konkurrenzkampf nicht unterliegen. Miegel skizziert Gegenmaßnahmen, die er in „Defensivstrategien“ (individuelle Arbeitszeitverkürzung; Senkung individueller Arbeitskosten; Erleichterung für die Schaffung von Arbeitsplätzen; Reduktion des Arbeitsangebotes; Protektionismus) und „Offensivstrategien“ einteilt. Letztere zielten auf Erhöhung der Qualifikation und Motivation der Arbeitsbevölkerung; anspruchsvoller, aber in der Umsetzung auch schwieriger wären eine generelle Erweiterung des „Ideendachs“ der Gesellschaft sowie eine Verbreiterung ihres Kapitalfundaments, um verlorene innovative Vorsprünge wieder zu erlangen.

Insgesamt bietet der Reader einen guten Überblick über wichtige Themen aktueller arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischer Debatten. Anzumerken bleibt, daß nahezu alle Autoren eher einer neoklassischen bzw. liberalen (häufig auch als „liberal-konservativ“ apostrophierten) Position zuneigen; auch wenn Lenk sich inhaltlich eher sozialdemokratisch orientiert, argumentiert er methodisch konsequent innerhalb des mikroökonomischen Rahmens neoklassischer Theorie. Der knappe, eher programmatisch als analytisch konzipierte Beitrag von Kletzin bietet hier kaum ein angemessenes Gegengewicht. Aus der Perspektive einer wünschenswerten Pluralität wissenschaftlicher Ansätze mag man das bemängeln; angesichts einer Fülle neuerer sozialwissenschaftlicher Arbeiten zum Beschäftigungsproblem, die eher linkskeynesianisch bzw. sozialdemokratisch angehaucht sind, ist diese Einseitigkeit indes durchaus zu verschmerzen.

Walter Heering

Christian Joppke: East German Dissidents and the Revolution of 1989. Social Movement in a Leninist Regime, New York University Press, New York 1995, DM 39,-

John C. Torpey: „Intellectuals, Socialism and Dissent. The East German Opposition and its Legacy“. University of Minnesota Press, Minneapolis 1995, 287 Seiten, DM 45,-

Die US-amerikanischen Autoren Christian Joppke und John C. Torpey analysieren in ihren Büchern die Entwicklung der Opposition in der DDR. Während es Joppke um nicht weniger als um eine allgemeine Theorie von Dissidenz in leninistischen Regimen geht, untersucht Torpey die Rolle der Intellektuellen am Aufbau, dem Bestehen und dem letztendlichen Niedergang der DDR. Dabei orientiert er sich kontinuierlich an der DDR-Historie und zeichnet die Entwicklung der dortigen politischen Opposition nach. Deutlich wird sein Vorgehen an der klaren Struktur seines Buches: auf die einleitende Diskussion, was ein intellektueller sei, folgt die Aufarbeitung ihrer Involvierung in den sozialistischen Staat anhand besonders relevanter historischer Ereignisse. Dazu zählen neben dem Aufstand der Ostberliner Arbeiter am 17. Juni 1953 auch die Isolierung Robert Havemanns sowie die Ausbürgerung Wolf Biermanns. Aus verständlichen Gründen wird den achtziger Jahren ein besonderer Schwerpunkt eingeräumt und die einzelnen unterschiedlichen Oppositionsgruppen teilweise sehr detailliert beschrieben. Jedoch gelingt es dem Autor nicht, eine Distanz zu diesen Entscheidungsverläufen abzubauen, die dem Leser das Nachvollziehen individueller Entwicklungen erschwert und ihn über die spezifischen Intentionen oppositionellen Handelns im unklaren läßt.

Joppkes Analyse einer spezifisch deutschen Mentalität der Umsetzung des stalinistischen Gesellschaftsmodells überzeugt: der Kommunismus konnte als richtige Antwort auf die NS-Vergangenheit erscheinen. Das SED-Regime erhielt durch seinen „verordneten“ (Ralph Giordano) Antifaschismus Legitimität. Die Bevölkerung war zur De-

mokratie erst zu „erziehen“, die Entnazifizierung konnte für die Durchsetzung eigener Herrschaftsansprüche instrumentalisiert werden. Der programmierte antifaschistische Mechanismus wurde gleichsam zum moralischen Geburtshelfer der Nachkriegskonstruktion DDR. Es ist Joppke zuzustimmen, wenn er behauptet, die kommunistischen Machthaber seien in Deutschland auf die denkbar günstigsten Voraussetzungen für die Implementierung ihrer Herrschaftsansprüche gestoßen. So interessant Joppkes Unterfangen des Entwurfs einer Theorie dissidenten Verhaltens zunächst erscheint, so kritisch muß angemerkt werden, daß der Autor sich zugunsten des Anspruchs auf Allgemeingültigkeit vorschnell von dem Interesse verabschiedet, den Entwicklungen der sehr unterschiedlichen Gruppen in ihrem geschichtlichen Kontext im Detail nachzuspüren. Die Lektüre hinterläßt daher in wesentlichen Punkten den Eindruck des Wartens sehr gewagter Thesen auf ihre empirische Überprüfung. Dennoch besteht Joppkes Verdienst unzweifelhaft vor allem darin, die Entwicklung dissidenten Verhaltens und späterer Opposition in ihren spezifisch deutschen historischen Kontext zu stellen, indem er Fragen nach ihrem Verhältnis zur NS-Vergangenheit, nach den Konsequenzen der Unmöglichkeit des Bezugs auf demokratische Traditionen und ihrem nationalem Selbstverständnis aufwirft. Unseres Erachtens überzeugt auch die Annahme, Dissidenten hätten diesen moralischen Bonus zunächst akzeptiert.

Beide Autoren setzen die Akzeptanz eines eigenständigen sozialistischen Staates vor dem spezifischen deutschen historischen Hintergrund voraus. Diese These wird in ihren Argumentationen plausibel herausgearbeitet und untermauert. Insbesondere aufgrund der Möglichkeit des „exit“, der Ausreise in den Westen des geteilten Landes, war die Entscheidung zum Bleiben in der DDR durch eine besondere Verbundenheit zu diesem Land geprägt. Diese Argumentationslinie führt nun jedoch beide Autoren in einem weiteren Schritt zur Unterstellung einer Staatsnähe der Dissidenten

und der späteren Opposition, die entscheidend zu ihrer Erfolglosigkeit und Marginalisierung nach 1989 beigetragen hätte. Zwar ist ohne Zweifel richtig, daß sich die Opposition mit ihrem Plädoyer für eine Reform des Sozialismus in (schlechter) Gesellschaft mit der um Machterhalt ringenden ehemaligen DDR-Elite befand, doch bedeutete die Akzeptanz eines eigenständigen sozialistischen deutschen Staates und die durch den Gründungsmythos hervorgerufene ambivalente Loyalität zu dem „halben“ Land unseres Erachtens keinesfalls zwangsläufig die sowohl von Joppke als auf von Torpey unterstellte Staatsnähe der Dissidenten.

Der Unterschied zwischen beiden Autoren ist klar ersichtlich: Torpey stellt die Darstellung der Entwicklung der oppositionellen Generationen im Kontext der sozio-politischen Entwicklung der DDR anhand der Methode der „oral-history“ in den Vordergrund. Insbesondere seine Schilderung der Entwicklungen 1989 bis 1991 veranschaulichen dem Leser erneut die unplanbare Entwicklung von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“. Die Situation vieler Intellektueller in dieser Phase wird anhand eines Zitates von Ulrike Poppe treffend beschrieben: „In the opposition role, we cultivated for too long a disturbed relation to power, regarded a revolution as unlikely, and sought our identity entirely in the ethics of resistance“ (S.208). Auch Lotte Templins Äußerung „We were just unable to reach beyond these circles“ (S.95) ist in diesen Kontext zu stellen, sie bezieht sich darin auf die Unfähigkeit der Oppositionsgruppen, die Jugend zu erreichen und sie zu aktivieren. Torpeys eingangs geführte Diskussion über die Definition und mögliche Bedeutung „des Intellektuellen“ für die Entwicklung gesellschaftlicher Prozesse wird in keiner Weise in Zusammenhang mit seinen Ausführungen über die Oppositionsgruppen in der DDR gestellt. Auch dadurch wird der Leser unvermittelt alleine gelassen, Schlußfolgerungen über alternative Entwicklungsmöglichkeiten der DDR-Opposition gerade in der Wendezeit zu ziehen. Es stellt sich dem Leser vor allem

die Frage, warum Torpey die intellektuelle Anstrengung der definitiven Bestimmung einer intellektuellen Elite unternimmt, wenn er in seiner darauffolgenden Argumentation auf die Einbeziehung dieser Ergebnisse verzichtet. Ähnlich störend wirken kleine Ungenauigkeiten in diesem ansonsten so detailliert recherchierten Buch, z.B. wird Sascha Andersons Rolle, von Wolf Biermann treffend als Sascha Arschloch geoutet, hier nicht erwähnt, obwohl sie zum Zeitpunkt der Publikation bereits bekannt war. Anderson wird zwar im Text benannt, im Index jedoch nicht mehr erwähnt.

Während Torpey leider auf eine interpretatorische Einbettung seiner ausführlichen historischen Nachzeichnung der DDR-Geschichte verzichtet, besticht Joppkes Analyse durch den Vergleich der Selbstverständnisse und politischen Rollen der DDR-Oppositionen mit den osteuropäischen Parallelentwicklungen. Im Gegensatz zu Polen und der CSSR sei die DDR-Opposition stets ohne Rückkoppelung mit den Bürgern geblieben. Dies hätte vor allem an dem Fehlen eines verbindenden Nationalbewußtseins gelegen. Diese Argumentation vermag der weiteren Forschung wesentliche Anhaltspunkte bei der Beantwortung der Frage, ob, inwiefern und ab welchem Zeitpunkt es sich bei der DDR-Opposition um eine Bewegung gehandelt hat, an die Hand zu geben.

Davon abgesehen, daß es einer genauen Begrifflichkeit zweifellos zuträglich wäre, anstatt in unspezifischer Form von „Nationalbewußtsein“ zu reden, die Formulierung „nationale demokratische Traditionen“ zu wählen, überzeugt Joppkes Analyse, die diese als gesellschaftlichen Transmissionsriemen für das Verhältnis der Dissidenten zur Restbevölkerung begreift. So ist Joppke zuzustimmen, daß sich vor dem Hintergrund unmittelbarer deutscher Vergangenheit jeglicher Nationalismus als Gegendis-kurs zum Kommunismus verbot. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die polnische Identität eine Bewegung wie Solidarnosc erst ermöglicht hat. Kuron und Michnik konnten sich auf demokratische Traditio-

nen rückbesinnen und sie positiv auf die zukünftige Gestaltung eines nationalen Gemeinwesens beziehen. Sie hatten in Auseinandersetzung mit ihren Vorfahren nicht deren Verbrechen zu bedenken, Bärbel Bohley und ihre Mitstreiter wohl. Ein Rückgriff auf nationale demokratische Traditionen schien für Oppositionelle in der DDR und der Bundesrepublik aufgrund der von Nationalsozialisten begangenen Verbrechen völlig unmöglich. Andererseits liegt die Schwierigkeit der Argumentation Joppkes von Beginn an in seinem Verzicht auf einer klaren Trennung der Ebenen des sich herausbildenden Staatssozialismus, den „Leninist Regimes“, einerseits und anderer utopisch-sozialistischer und/oder zivilgesellschaftlicher Vorstellungen, die sich bei den Zweifelnden herausbildeten, andererseits. Der Verdacht liegt nahe, daß er in „thesenfreundlicher“ Vereinfachung den Staatssozialismus und die einen „Dritten Weg“ verfolgenden Gruppen auf die eine und „freiheitliche“ Gesellschaften westlicher Prägung auf die andere Seite stellt, um letztere in demokratischem Lichte erstrahlen zu lassen und die Bürgerbewegungen mit einem Federstrich zusammen mit den Satellitenstaaten des Stalinismus in die finstere Nacht despotisch totalitärer Diktaturen zu stoßen. Die Unmöglichkeit einer Rückbesinnung auf nationale, demokratische Traditionen erschwerte zwar unbestreitbar Entwürfe demokratischer Gesellschaftsformen für die Zukunft. Sie bedeutete jedoch nicht zwangsläufig ein Verharren in undemokratischem Dogmatismus und Romantizismus. Diese keinesfalls akademische Differenzierung ist jedoch für ein tieferes Verständnis dissidentischer Entwicklungen, das vermutlich mit einem Wechselbad von an das System gerichtete Hoffnungen und Enttäuschungen umzugehen haben wird, geradezu unerlässlich. Ihr Fehlen verleiht vielen Behauptungen den Charakter sich selbst erfüllender Prophezeiungen, die empirisch noch zu belegen wären.

In einem weiteren Schritt kontrastiert Joppke die Enttäuschung der ostdeutschen Bürgerbewegungen nach 1989 und ihr Ge-

fühl zu den Verlierern des Transformationsprozesses zu gehören mit dem Erfolg, auf den die osteuropäischen Dissidenten aufgrund der Erringung von herausragenden Rollen in der postkommunistischen Rekonstruktion ihrer Gesellschaften zurückblicken könnten. Dem behaupteten osteuropäisch-dissidentischen Erfolg bei der Machtgewinnung ist allerdings ebenfalls mit Vorsicht zu begegnen. Auch hier ist fragwürdig, ob sie einer empirischen Überprüfung standhielte. Versuchsweise sei eine J. Reich entlehnte Gegenthese aufgestellt, nach der die Beschreibung der in den postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas so einflußreichen Dissidenten lediglich eine Abbildung oberflächlicher Eindrücke wäre: Nach Reich waren die Träger der DDR-Bewegung „wegen der einzig möglichen Strategie (Unterlaufen der Gewaltschwelle, Gandhiismus, Diskussionsforum ohne Programm) überhaupt nicht befähigt zur späteren Machtergreifung: „Sie waren eben Krisenvögel“, die nach Erkämpfung der Bürgerrechte in Strategien verfielen, die zur „fatalistischen Selbstfesselung“ führten. In dieser Hinsicht sei der ehem. DDR-Opposition ihr Versäumnis einer radikalen Umsteuerung in Richtung Machterwerb anzulasten. Dies sei - im auffallenden Gegensatz zu Joppkes Sichtweise - genau an der Parallelität der Verfallsbewegungen nach 1989 in den Reformländern zu sehen, bei denen die Abwicklung des Sozialismus nicht mit nationaler Vereinigung verbunden war: „Die CSSR ist der ähnlichste Fall. Hier übernahm das Bürgerforum die Macht, wurde Partei und stellte den Präsidenten und den Außenminister. Aber auch das konnte ihren schnellen politischen Niedergang nicht aufhalten.“ (aus: Politik und Zeitgeschichte B 46/96, S. 6) Nach der Entscheidung für die eine oder andere Arbeitshypothese käme es nun auf eine genaue Analyse und empirische Überprüfung an.

Der Grund für Joppkes Klage, der Fall des Kommunismus sei von den ostdeutschen Bürgerbewegungen nicht als Sieg der Freiheit, sondern als „Kolonisation“ durch den westlichen Teil der geteilten Nation ange-

prangert worden, läßt sich ebenfalls nur bedingt nachvollziehen. Die Rede von der „Kolonisation Ostdeutschlands“ gehörte von Anfang an eher in das Repertoire der PDS als in das der Bewegungen. Den für seine Argumentation sperrigen, aber für einen Vergleich unerläßlichen Umstand, daß die Ostdeutschen im Gegensatz zu den Polen und Tschechen, nicht nur aufgrund fehlender demokratischer Traditionen in Deutschland, sondern auch aufgrund der schnell vollzogenen deutsch-deutschen Vereinigung, tatsächlich keine Möglichkeit zur Implementierung eigener demokratischer Regeln, Strukturen und Institutionen hatten, läßt der Autor unberücksichtigt. Die Vereinigung bedeutete zwar auf der einen Seite die wirtschaftliche Unterstützung durch die alte Bundesrepublik, auf der anderen Seite war sie jedoch an politische Konditionen gebunden, die die Möglichkeiten, eigenständiges Handeln und demokratische Politikgestaltung zu erproben, nachhaltig beschnitten. Daher vermag das Ausbleiben von Begeisterungstürmen für die rasant vonstatten gegangene Vereinigung die Rezensenten weniger zu verwundern als den Autor.

Trotz unserer umfangreichen methodischen und inhaltlichen Kritik an beiden Publikationen ist festzuhalten, daß Torpey das Lob gebührt, die unterschiedlichen Sozialisierungen und deren Auswirkungen auf die Arbeit von Oppositionellen herausgearbeitet zu haben. Denn anders als vielfach in deutschen Publikationen, verdeutlicht er, daß ein großer Unterschied zwischen den Generationen besteht; zwischen denjenigen, die nach dem Faschismus an den Aufbau einer sozialistischen Utopie glaubten und denjenigen, die in der DDR aufgewachsen sind und diesen Staat verändern wollten. Und auch wenn Uwe Thaysen zuzustimmen ist, daß Joppke „sämtliche Wellen antidemokratischen Denkens und antidemokratischer Traditionen in Deutschland über den Köpfen der ostdeutschen Oppositionellen zusammenschlagen läßt“, so ist es doch das unbestreitbare Verdienst dieses Autors, die Analyse der Opposition in einen geschichtlichen Zusammenhang gestellt und durch

seine teilweise provokanten Thesen wesentliche Ansatzpunkte für die zukünftige Forschung geliefert zu haben.

Petra Haustein, Imke Keil

Karl Corino: "Aussen Marmor, innen Gips". Die Legenden des Stephan Hermlin. ECON Verlag, Düsseldorf 1996, 239 Seiten, DM

Witali Schentalinski: Das auferstandene Wort. Verfolgte russische Schriftsteller in ihren letzten Briefen, Gedichten und Aufzeichnungen. Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach 1996, 556 Seiten, DM

Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, Christoph Links Verlag, Berlin 1996, 888 Seiten, DM

Literatur und Lüge

Nach der Öffnung der geheimen Partei- und Staatsarchive und der Eröffnung eines freien Diskurses über die dort gesammelten Überlieferungen zerbröselte mit den letzten Legenden des real existierenden Sozialismus auch der eigentlichen DDR-Staatsmythos. Wie kurz die Halbwertszeit von verordnetem Antifaschismus und DDR-Völkerfreundschaft tatsächlich war, offenbart sich in diesen Tagen auf schlimme Weise in ostdeutschen Städten und Dörfern. Stephan Hermlin, ein weithin geschätzter Repräsentant des DDR-Antifaschismus, bekannte 1979 in seiner bis vor kurzem als autobiographisch geltenden Erzählung "Abendlicht": "Ich war nicht besser und nicht schlechter als die Bewegung, der ich angehörte, ich teilte ihre Reife und Unreife, ihre Größe und ihr Elend." Er hat das damals wohl anders gemeint, als es sich darstellt, seit Karl Corinos exzellente Studie über "die Legenden des Stephan Hermlin" vorliegt. Karl Corino, Germanist und Altphilologe, Leiter der Literaturabteilung des Hessischen Rundfunks und daselbst über viele Jahre auch ein kenntnisreicher Beobachter der DDR-Literatur, kam durch einen Zufall zu seinem jüngsten Thema. Die "Neue Zürcher Zeitung" hatte ihn um ein biographisches Portrait Hermlins gebeten. Als Corino Näheres über die Schweizer Exiljahre des Dichters herausfinden wollte, stieß er, was die offiziöse Dichterbiographie betrifft, auf

eine Ungereimtheit nach der anderen. Corino wandte sich daraufhin eingehend dem Lebensweg von Stephan Hermlin zwischen 1915 und 1943 zu und förderte zahlreiche Zeugnisse erster Hand zutage, die augenblicklich unzählige Quellen zweiter Hand zur Makulatur werden ließen.

Im Anhang seiner Studie dokumentiert Corino Auszüge aus neun verschiedenen Lexika und Literaturgeschichten, in denen die von Hermlin in die Welt gesetzten Lebenslügen als biographischen Fakten fest- und fortgeschrieben sind. Bei Multiplikatoren in Wissenschaft und Medien zeugte die Übernahme dieser Darstellungen quasi als Selbstläufer die unendliche Geschichte des Jungkommunisten, der aus einer gleichsam Proustschen Existenz in den Kampf gegen die Hitler-Bewegung trat, später in der illegalen Arbeit, im spanischen Bürgerkrieg und in der Resistance seinen Mann stand, während der Vater im Konzentrationslager dem Nazi-Wahn zum Opfer fiel und der Bruder als englischer Jagdflieger sich in heroischem Luftkampf opferte. Als Hermlinsche Desinformationen erwiesen sich durch Corinos Forschung nicht nur die Todesumstände von Vater und Bruder, die englische Herkunft der Mutter ist ebenso erfunden wie das Schweizer Edel-Internat, die Pferde, Dienstboten oder die Wohnung in Professor Liebermanns Nachbarschaft und vieles andere mehr.

Nachdem Corinos Studie in Auszügen in der ZEIT erschien, entrüsteten sich Freunde und Verehrerinnen Hermlins ob der Botschaft, daß die bisher geglaubte Lebensgeschichte des Dichters kaum der ganzen und in einigen Punkten noch nicht einmal der halben Wahrheit entsprach. Besonders ulkig fiel dabei das Lamento jener aus, die früher fortgesetzt auf dem engen Wirkungszusammenhang von Literatur und historischem Prozeß bestanden hatten: Sie warfen Corino vor, er verfolge eine politische Absicht, indem er die von Hermlin in dichterischer Freiheit verfaßte Fiktion mit seiner Biographie kurzschließe. Vor allem "Abendlicht" sei eine Erzählung mit biographischen Anklängen, keinesfalls aber, wie Corino suggeriere, des Dichters Auto-

biographie. Erst nach der Veröffentlichung seines Buches konnte Corino auch einen Teil der von Hermlin zunächst gesperrten Überlieferung der DDR-Staatssicherheit einsehen. Es stellte sich heraus, daß die Stasi schon Ende der 50er Jahre Hermlins Lügen und Flunkereien durchschaut hatte. Eine sehr frühe Aktennotiz über diese Sachlage stammt von Markus Wolf. In der Stasi-Akte findet sich auch ein von Hermlin für das Pankower Komitee der "Verfolgten des Naziregimes" (VdN) verfaßter Lebenslauf vom 6. Mai 1958. Damit holte die Wahrheit die vermeintliche Dichtung auf den Boden der Tatsachen zurück. Der Lebenslauf enthält nämlich als Selbstauskunft, was eilige Hermlin-Verteidiger 1996 in ihrer Kritik an Corino zu dichterischer Freiheit erklärt hatten. Den "Verfolgten des Naziregimes" kam schon 1958 die spanische Sache und manch anderes in Hermlins Lebenslauf spanisch vor. Sie lehnte es ab, Hermlin einen Orden als Kämpfer gegen den Faschismus zu verleihen. Begründung: "Es ist nicht bestätigt, daß H. im Auftrag der Partei emigrierte, daß er in der Emigration an organisierter Widerstandsarbeit gegen den Faschismus teilnahm und daß er bis zur Emigration 1936 am organisierten Kampf gegen den Faschismus teilnahm." Die Stasi behielt die Sache für sich, Hermlin war zwar kein dekoriertes Internationales Brigadist und Kämpfer aber gleichwohl ein nützlicher internationaler Repräsentant des DDR-Antifaschismus. Als Hermlin in dieser Rolle 1980 gemeinsam mit dem Präsidenten des DDR-P.E.N.-Zentrums, Professor Heinz Kamnitzer, und dessen Generalsekretär, Henryk Keisch, zum Kongreß des Internationalen P.E.N. nach Wien reiste, lagen wie üblich dem Sekretariat des Zentralkomitees der SED zum Zwecke der Reise genehmigung die vom Leiter der ZK-Abteilung für Kaderfragen zusammengestellten Kurzbiographien der drei Delegierten vor. In Hermlins Lebenslauf ist das Datum der Emigration in die Schweiz korrekt mit 1943 angegeben. Unter Parteimitgliedschaft heißt es: 1945 KPD/SED. Kamnitzer und Keisch werden als Träger des Ordens "Kämpfer gegen den Faschismus" ausgewiesen, Hermlin nicht. Somit war der ge-

samten SED-Führung Hermlins Wahrheit bekannt. Recht eigentlich hatte Hermlin seine Lebensgeschichte mit dem Typischen im Sinne des Sozialistischen Realismus in Übereinstimmung gebracht, "nicht besser und nicht schlechter als die Bewegung". Wo das wirkliche Leben nicht der Ikonographie des heroischen Antifaschismus entsprach, waren im Parteiauftrag schließlich auch andere Lebensgeschichten lehrbuchgemäß nachbereitet und dem vorgegebenen Antifaschismus angeglichen worden. Der selbstgeschaffene Hermlin-Heros war ein Gesamtkunstwerk, hinter dem der unvollkommene und schwache Rudolf Leder verschwand. Im Februar 1992 erklärte Stephan Hermlin vor der Geschichtskommission des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) er sei nun "sechzig Jahre in dieser unmöglichen Partei" - womit er eine zumindest recht feie Interpretation von Parteimitgliedschaft darbot - und fügte einen Relativsatz unter Bezug auf die Partei an, "der ich treu gewesen bin und noch immer bin".

Literatur und Wahrheit

Welcher Partei und welchem System diese Treue galt und in Kenntnis welcher grausamer Wahrheit dieses Treuebekenntnis gesprochen wurde, vergegenwärtigt Witali Schentalinskis Buch über Leiden und Sterben russischer Schriftsteller in sowjetischen Kerkern. Der Regisseur Wsewolod Meyerhold, der einmal zum Lobe der Sowjetmacht mit 15.000 Darstellern den Sturm auf das Winterpalais inszeniert hatte, schrieb 1939 aus der Lubjanka an den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Wjatscheslaw Molotow, und schilderte die Umstände unter denen er zu seinen Geständnissen gebracht wurde: "Man legte mich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden und hieb mir mit einem Gummiknüppel auf die Fersen und auf den Rücken. Dann setzte man mich auf einen Stuhl und schlug mir mit demselben Instrument sehr kräftig auf die Beine. In den folgenden Tagen, als diese Stellen durch umfangreiche innere Blutergüsse angeschwollen waren, schlug man mir von neuem mit dem Gummiknüppel auf diese ro-

ten, blauen und gelben Flecke. (...) Ich schrie und weinte in meiner Qual. Man prügelte weiterhin mit dem Knüppel auf meinen Rücken ein und schlug mir mit voller Wucht ins Gesicht. (...) 'Der Tod (oh, natürlich!), der Tod ist leichter als das!' sagt sich der Angeklagte. Und auch ich sagte es mir. Dann begann ich, mich selbst zu bezichtigen, weil ich hoffte, aufs Schafott geführt zu werden...". Meyerhold war zu diesem Zeitpunkt fünfundsechzig Jahre alt. Er wurde am 2. Februar 1940 erschossen, am gleichen Tag mußte auch Michail Kolzow sterben, dessen Kriegstagebuch über den spanischen Bürgerkrieg ("Die rote Schlacht") noch 1938 erschienen war; wenige Tage vor Meyerhold und Kolzow, am 27. Januar 1940, war der Dichter Isaak Babel hingerichtet worden. Er hatte gestanden für Frankreich spioniert zu haben, indem er André Malraux Informationen aus der "Prawda" übermittelte. Die Leichen der Ermordeten wurden nachts in das zentrale Moskauer Krematorium geschafft, verbrannt und neben dem Gebäude in ein Gemeinschaftsgrab geschüttet. Eine viele Jahre später angebrachte Tafel trug die Aufschrift: "Gemeinschaftsgrab Nr. 1 - Bestattung nicht abgeholter Aschenreste 1930 - 1942".

Nahezu eintausendfünfhundert sowjetische Schriftsteller fielen dem Terror zum Opfer, wurden ermordet oder starben in Kerkern und Lagern, darunter mehr als ein Drittel der sechshundert Delegierten des ersten Schriftstellerkongresses. Witali Schentalinski begann 1988 mit seiner Suche. Bis 1993 sichtete er hunderte geheimer Polizeiakten aus denen er die furchtbarsten Stunden, Tage, Wochen einiger der zu Tode geschundenen Dichter ans Licht brachte. Das bewegende Buch zeugt von Menschen, deren Seele und Geist zerstört werden sollte. Schentalinskis hat einige von ihnen - buchstäblich aus den Kellern der Lubjanka, wo die Akten bis in die jüngste Zeit lagerten - in das Gedächtnis der Lebenden zurückgeholt. Schentalinski fand auch ein OGPU-Dossiers über den Dramatiker Michail Bulgakow. Es trug die Aufschrift, "Aufbewahrungsfrist: unbegrenzt". Das

sollte für dergleichen Dossiers und Polizeiakten generell gelten. Sie sind die genetischen Schlüsselinformationen der bürokratisch organisierten und von staatlichen Institutionen verübten Massenverbrechen des 20. Jahrhunderts. Nichts wird kommenden Generationen darüber präziser künden als solche Papiere mit der Aufschrift, "Aufbewahrungsfrist: unbegrenzt".

Literatur und Verrat

Mancher der Verhafteten sowjetischen Schriftsteller bezichtigte unter der Folter nicht nur sich selbst sondern auch Kollegen. Niemand wird das Verrat nennen. Anders mag es sich mit unzähligen Spitzelberichten verhalten, die Schentalinski in den Polizeiakten fand. Doch auch viele Denunziationen wurden in den sowjetischen Terrorjahren erpreßt, Spitzel handelten aus Angst. Ganz anders verhält sich hingegen die Sachlage, über die Joachim Walther drei Jahre lang in den Überlieferungen des DDR-Staatsicherheitsministeriums (MfS) geforscht hat. In seinem Buch finden sich rund vierhundert Decknamen von Inoffiziellen Mitarbeitern des MfS, die im "Sicherungsbereich Literatur" der DDR ihre Kolleginnen und Kollegen bespitzelten. Die überwiegende Zahl dieser Denunzianten agierten teils um kleinlicher Vorteile willen, teils aus Eitelkeit, Minderwertigkeitsgefühlen, Überzeugung oder aus mehrerem davon zusammen. Verleger und Lektoren halfen den Zensoren, Autoren trugen zur Unterdrückung des freien Wortes bei, Freundinnen und Freunde verrieten sich gegenseitig, erwachsene Männer und Frauen berichteten über andere erwachsene Männer und Frauen, als wären diese aus dem Ruder gelaufene Zöglinge eines Erziehungsheims, Romanciers raportierte knochentrockenen Führungsoffizieren Liebesaffären anderer Romanciers, Liedermacher wiesen auf offene und versteckte Staatskritik in Texten ihrer Konkurrenten hin, Germanisten und Dichter erschnüffelten verschlüsselten Verrat in lyrischen Texten und und und.

Walther hat den entscheidungsmächtigeren Herrschaftsapparat des Regimes, die Partei, nur am Rande berücksichtigen können.

Dieser Apparat nährte jedoch sein Informationsmonopol neben den ihm zugeleiteten Geheimpolizeimeldungen aus einem eigenen parallelorganisierten Spitzelwesen, das Bestandteil seines interne Berichts- und Nachrichtenwesens war. Allein durch den umstandslosen Zugriff auf die Kader- und Personalakten jeder Art konnte sich die SED-Bürokratie in Kenntnis vertraulichster und privater Vorgänge bringen, was in unzähligen Fällen auch geschah. Joachim Walthers Untersuchung ist ein wichtiges Arbeitsbuch, ein Nachschlagewerk, das im Detail über die Tätigkeit des totalitären DDR-Geheimdienstes informiert. Es ist aber auch eine Dokumentation tausendfachen banalen Verrats. Der hat sich in diesem Fall in einer Sphäre ereignet, die in der DDR mit überhöhtem Moralanspruch ausgestattet war. Die Enttäuschung über den Berufsstand der Dichter, der schreibenden "Gewissensmenschen", an die man sich halten zu können glaubte, ging ehemalige DDR-Menschen oft tiefer unter die Haut, als beispielsweise die Entdeckungen von Betrug und Korruption in der politischen Trägerschicht des SED-Regimes. Einiges, was einmal DDR-Literatur im besseren Sinne auszumachen schien, stellt sich heute in anderem Licht dar. Was allein der Stasi-Apparat an moralischer "Zersetzung" in seinem früheren "Sicherungsbereich Literatur" hinterlassen hat, kann man nach der Lektür von Joachim Walthers Buch ahnen, ermessen können wird man es, wenn überhaupt, erst mit einigem Abstand.

Im Zusammenhang betrachtet geben alle drei Bücher unter je anderem Blickwinkel Auskunft über die Wirkungsmacht kommunistisch-totalitärer Ideologie und Herrschaft auf die Welt der geschriebenen und ungeschriebenen Phantasien. Karl Corinos Detailstudie führt die geistige Selbstverstümmelung eines literarischen Parteigängers vor Augen, Witali Schentalinski den stalinistischen Terror in seiner kalten Unerbittlichkeit gegenüber jeglicher Regung geistiger und künstlerischer Autonomie, Joachim Walther schließlich das gigantische Ausmaß des geheimdienstlichen Unterdrückungs- und Spitzelapparates allein

auf dem Gebiet der DDR-Literatur. Jedes dieser Bücher für sich betrachtet ist eine traurige Lektion über die Schattenseite des Jahrhunderts, in dem nach den Plänen totalitärer Mega-Diktaturen "neue Menschen" die Bühne der Geschichte betreten sollten.

Jochen Stadt